

Forum  
für aktive  
Gewaltfreiheit

# Spinnrad



Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes · Österreichischer Zweig

- Frauen in Friedensprozessen
- Bericht aus Palästina
- Kolumbien

Weg durch die Hügel  
von Masafer Yatta  
(South Hebron Hills)

Nr. **2**  
Juli 2013, € 3,-



# Inhalt

<b>EDITORIAL, IMPRESSUM</b>	<b>2</b>
<b>DIE BETEILIGUNG VON FRAUEN IN FRIEDENSPROZESSEN</b> von <i>Lea Greenberg</i>	<b>3</b>
<b>SUCHET DER STADT BESTES</b> - <b>ZUM PROPHETHISCHEN AUFTRAG DER KIRCHE</b> von <i>Ullrich Hahn</i>	<b>6</b>
<b>GEDANKEN ZUR AKTIVEN GEWALTFREIHEIT</b> - <b>MITTEN IN PALÄSTINA</b> von <i>Jussuf Windischer</i>	<b>8</b>
<b>IMPRESSIONEN AUS KOREA</b> Interview mit <i>Maria Kim</i>	<b>11</b>
<b>KURS AUF FRIEDEN</b> von <i>Werner Hörtnner</i>	<b>13</b>
<b>DER STAAT ZIEHT VERLEUMDUNGEN GEGEN DIE FRIEDENS- GEMEINDE ZURÜCK - DER PRÄSIDENT TAUCHT NICHT AUF</b> von <i>Emily Schmitz</i>	<b>15</b>
<b>BERICHT AUS DEM IRAK</b> von <i>Mark Johnson</i>	<b>16</b>

*Gastkommentare müssen nicht mit der Meinung des Redaktionsteams der Zeitschrift Spinnrad übereinstimmen.*

Die beiliegende Postkarte gehört zu einer Nachfolgeaktion zur BürgerInneninitiative "Aktive Friedenspolitik" (siehe Spinnrad 1/2013) und soll als Aufforderung für Friedenspolitik einzutreten an die für den Nationalrat kandidierenden Parteien geschickt werden. Nähere Informationen hierzu gibt es auf unserer Webseite [www.versöhnungsbund.at](http://www.versöhnungsbund.at) und im Büro des österreichischen Versöhnungsbundes.

## IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

**Verleger, Herausgeber:** Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

**Redaktion:** Irmgard Ehrenberger, Pete Hämmerle, Lucia Hämmerle

**Adresse:** Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;  
Tel./Fax: 01/408 53 32; Email: [office@versoehnungsbund.at](mailto:office@versoehnungsbund.at)  
[www.versoehnungsbund.at](http://www.versoehnungsbund.at)

**Umschlagdesign:** Monika Naskau

**Layout:** Lucia Hämmerle

**Hersteller:** AV+Astoria Druckzentrum GmbH,  
Faradaygasse 6, 1030 Wien; **Verlagspostamt:** 1080 Wien

**Bankverbindung:** PSK, Kto.Nr. 92022553 (BLZ 60000);  
BIC: OPSKATWW, IBAN: AT94 6000 0000 9202 2553

**Preis der Einzelnummer:** € 3,-

**Abonnement:** € 12,- (Inland), € 15,- (Ausland)

**Für Mitglieder des IVB kostenlos!**

*Der IVB ist ein Zweig der internationalen gewaltfreien Bewegung International Fellowship of Reconciliation (IFOR). IFOR hat beratenden Status bei ECOSOC und UNESCO. IFOR umfasst ein Netzwerk von 80 Zweigen und Gruppen auf allen Kontinenten. [www.ifor-mir.org](http://www.ifor-mir.org)*

## Liebe Leserinnen und Leser!

*Die folgenden Seiten berichten vom Engagement für den Frieden in unterschiedlichsten Formen, aus unterschiedlichsten Beweggründen und in diversen Ländern der Welt. Der Friede braucht Menschen, die bereit sind, Einsatz zu zeigen, Zusammenhänge erkennen und ein besseres Leben für alle anstreben. Diese Menschen gibt es und uns ist es ein Anliegen von ihnen zu erzählen.*

*Wichtig ist die Friedensarbeit vor Ort, in Gebieten, die von Konflikten geprägt sind. Jussuf und Vroni Windischer verbrachten mehrere Monate als Freiwillige des ökumenischen Begleitprogramms EAPPI in Palästina. Wie es ihnen dabei erging und wie es ihr Verständnis von Gewaltfreiheit geprägt hat, berichtet Jussuf auf S.8. Ein Interview mit einer jungen Frau aus Südkorea, die sich für die Abrüstung von Atomwaffen einsetzt, bietet uns Einblicke, wie direkte NachbarInnen die nordkoreanische Politik wahrnehmen und welche Friedensinitiativen sich entwickelt haben (S. 11). Der scheidende Generalsekretär des Versöhnungsbundes in den USA, Mark Johnson, erzählt in seinem irakischen Tagebuch (S.16) vom Treffen gewaltfreier Initiativen in Basra Ende letzten Jahres. Gewaltfreien Einsatz für den Frieden gibt es auf der ganzen Welt – und das ist auch gut so!*

*Wichtig ist jedoch auch die Auseinandersetzung mit den Strukturen und Mechanismen, mit Motivationen und politischen Entwicklungen. Wir freuen uns sehr hierzu Beiträge von unserer Praktikantin Lea Greenberg (Frauen in Friedensprozessen, S.3), Ullrich Hahn (zur Thematik Kirche und Friedensarbeit, S.6) und Werner Hörtnner (Entwicklungen in Kolumbien, S.13) präsentieren zu können.*

Lucia Hämmerle

**Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine gute Lektüre und schöne Sommerferien. Unser Büro ist auch in den Sommermonaten besetzt und für Anfragen geöffnet.**



Der Internationale Versöhnungsbund ist eine Vereinigung von Menschen, die sich aufgrund ihres religiösen Glaubens oder ihrer humanistischen Grundhaltung zur Gewaltfreiheit als Lebensweg und als Mittel persönlicher, sozialer und politischer Veränderung bekennen.



## Die Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen

Lea Greenberg

Die Themen von Friedensarbeit, der Gleichberechtigung von Frauen und Frauenbeteiligung werden oft als eigenständige Fragen betrachtet, aber diese drei Bereiche sind eigentlich eng zusammenhängende Themen, die sich oft überschneiden. Wo es Krieg oder eine frakturierte Gesellschaft gibt, gibt es auch Frauen, und es ist wichtig zu beachten, wie Frauen von Konflikten betroffen sind und wie man ihre Probleme explizit behandeln kann. In Zeiten des Krieges und der Unruhe tritt Gewalt gegen Frauen vermehrt auf und der Kampf um Gleichberechtigung von Frauen wird verstärkt. Geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt wird noch offensichtlicher, z.B. körperliche Misshandlung, Vergewaltigung, Femizid, patriarchalische Sozialstruktur, niedrige Öffentlichkeitsbeteiligung von Frauen usw.

Es ist nicht nur wichtig zu beachten, wie Konflikte Frauen betreffen, sondern man muss auch Frauen in Friedensprozessen und der Entwicklung von sozialen Projekten betrachten - sowohl in der Regierung als auch in Nichtregierungsorganisationen. Dadurch sind solche Organisationen bereit, Problemen, die Frauen betreffen, erfolgreich und umfangreich entgegenzutreten. Um diese Ziele zu erreichen hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gefordert, zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die Anliegen von Frauen unterstützen, eine größere Rolle in der Verhandlung, Planung und Umsetzung von Friedensprozessen und Nachkriegsentwicklung zu geben. Im Oktober 2000 wurde die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats einstimmig beschlossen, um eine

Genderperspektive der Bedürfnisse von Frauen in bewaffneten Konflikten und folgenden Friedensprozessen zu geben. Die Resolution fordert „die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass Frauen in nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen stärker vertreten sind“ (SC/Res/1325 (2000)). Diese Resolution fordert, dass Frauen während und nach Konflikten nicht nur als Opfer gesehen werden, sondern auf allen Ebenen des Friedensprozesses gleichberechtigt miteinbezogen werden.

Um die Ziele der UN-Resolution 1325 durchzusetzen, haben viele Staaten „Nationale Aktionspläne“ erstellt. Österreich verabschiedete die erste Version eines Nationalen Aktionsplans im Jahre 2007. Mit diesem Plan wurden die ersten Schritte zur Umsetzung der Resolution 1325 vorgelegt: Trainingsprogramme zu Menschenrechten und besonders Frauenrechten waren ab dann ein ständiges Thema, um SoldatInnen und PolizistInnen für Auslandseinsätze und Friedensmissionen vorzubereiten. Die Angestellten im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) und bei der Austrian Development Agency (ADA) werden auch in diesem Bereich ausgebildet. Trotzdem sind die Zahlen von Frauen, die an diesen Friedensmissionen direkt beteiligt sind, ziemlich gering: 2009 gab es nur 35 österreichische Soldatinnen im Auslandseinsatz im Vergleich zu 1.500 Soldaten. Im Jahre 2011 waren nur zwei Prozent des Truppenpersonals und 13 Pro-

zent aller Zivilbediensteten des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) Frauen. Österreich hat eine Kommunikationsdirektorin in der EU-Mission in Georgien stationiert. Österreichische Frauen haben auch als Richterinnen am internationalen Strafgerichtshof in Sierra Leone und Kambodscha gearbeitet. Solch niedrige Zahlen sieht man auch im innerstaatlichen Bereich: 2008 war der Frauenanteil im Nationalrat nur 27,3 Prozent.

### Der Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Bezug auf den Nationalen Aktionsplan

Um die Ziele der Resolution 1325 zu erreichen wird der Nationale Aktionsplan als „lebendiges Dokument“ laufend überprüft und weiterentwickelt. In einem Gespräch beschrieb Angelika Gerstacker, Referentin für Presse, Medien und Anwaltschaft der Hilfsorganisation CARE Österreich, wie die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in Bezug auf den österreichischen NAP funktioniert. CARE koordiniert die inoffizielle Arbeitsgruppe „Austrian Friends of 1325“, die sich drei- bis viermal im Jahr trifft und versendet einen Newsletter an interessierte NGOs und MinisterienvertreterInnen, um über die wichtigsten Entwicklungen im Bereich 1325 zu informieren. Gerstacker meinte, dass diese Arbeit zwar strukturierter ablaufen könnte und dass es dafür viel zu wenige Ressourcen gäbe, das Angebot des informellen Informationsaustausches aber von allen Beteiligten seit Jahren geschätzt wird. Sie sprach auch über verschiedene Projekte von CARE, die die Umsetzung von Resolution



1325 fördern. So organisierte CARE zum Beispiel im Frühjahr 2013 ein Treffen bzw. eine Veranstaltung in Brüssel, wo Projektpartnerinnen aus dem Südkaukasus friedenspolitische Empfehlungen präsentierten (auf [www.care.at](http://www.care.at) ist ein Artikel über das Meeting sowohl auf Englisch wie auch auf Deutsch nachzulesen). Auch ein von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit seit Jahren gefördertes Projekt-Portfolio in Burundi, Nepal und Uganda hatte eine starke 1325-Komponente und mehrfach organisierte CARE öffentliche Events zum Jahrestag der Resolution. *„Wir sind stark am Thema dran, auch ganz intensiv in einem Projekt in Palästina [...] Eigentlich zieht sich das durch, wo immer wir in Nachkriegsregionen arbeiten, versuchen wir Frauen zu stärken. Das ist eigentlich ein Dauerbestandteil unserer Projekte.“*

### Der österreichische NAP und aktuelle Herausforderungen

Der österreichische Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 wurde 2011 überarbeitet und in veränderter Form im Jänner 2012 veröffentlicht – er ist auf der Homepage des BMeiA nachzulesen. Seine Umsetzung wird weiterhin von einer Interministeriellen Arbeitsgruppe unter Federführung des BMeiA überwacht, an der mehrere Ministerien teilnehmen (u.a. das Verteidigungsministerium, das Innenministerium sowie das Frauenministerium). Zusätzlich ist die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA), involviert. Der Nationale Aktionsplan hat verschiedene Kapitel, in denen Maßnahmen geplant und Zuständigkeiten in diesem Rahmen benannt werden. Dabei wird laut Gerstacker immer vom Status quo ausgegangen, der innerhalb einer festgesetzten Frist anhand von

definierten Indikatoren weiterentwickelt werden soll.

Der Nationale Aktionsplan besteht aber aus keinen verpflichtenden Gesetzen, sondern er enthält eine Reihe von geplanten Aktionen, die in drei Kapitel gegliedert sind: 1. Aktivitäten in Österreich (z.B. Training des Personals für Friedensoperationen), 2. Österreichische Aktivitäten in internationalen und supranationalen Organisationen sowie in bilateralen Kontakten (z.B. Lobbying in EU-Gremien zwecks Umsetzung von UN-Resolution 1325) und 3. Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (z.B. Unterstützung der lokalen Vernetzung von Frauen). Ich habe Gerstacker gefragt, wie denn dieser Nationale Aktionsplan überprüft und kontrolliert wird. Sie erklärte, dass es einmal im Jahr einen Umsetzungsbericht gibt. Die Zuständigkeit der Überprüfung liegt beim Ministerrat; der Bericht wird auch an die österreichischen Botschaften, die ADA und das Parlament weitergeleitet.

Obwohl der Nationale Aktionsplan einen Fortschritt für die Umsetzung der Resolution 1325 bedeutet, gibt es auch Mängel und Herausforderungen. *„Wir haben den Umsetzungsbericht seitens der Zivilgesellschaft mehrfach kritisch kommentiert [...] Erfreulicherweise gab es viel zu loben, aber wenn etwas gefehlt hat, haben wir das natürlich auch dazu gesagt“*, erklärte Gerstacker. Seit vielen Jahren gibt es zum Beispiel kein Budget in Verbindung mit dem Aktionsplan, und dieser Mangel erschwert die Umsetzung der Maßnahmen. Gerstacker meinte auch, dass sich nicht viel im Bereich der Rekrutierung von Frauen für internationale Friedensoperationen bewegt hat, obwohl es einzelne sehr positive Beispiele gibt. Major Dr. Elisabeth Schleicher, die als Gender-Beraterin im Kosovo stationiert war, trainiert mittlerweile

auch Auslandseinsatzkräfte in anderen Ländern und war sogar bei NATO-Trainings als Referentin geladen. Aber es ist auch klar, dass es noch immer viel zu tun gibt: Zum Beispiel ergab 2010 eine Studie über die Implementierung von UN-Resolution 1325 durch das österreichische Bundesheer, dass die Soldaten über die Inhalte und die Bedeutung von UN-Resolution 1325 nur selten Bescheid wussten. Seitdem wurde die diesbezügliche Ausbildung wesentlich verbessert und der neue NAP sieht sie im Rahmen der Grundausbildung für alle TeilnehmerInnen an internationalen Friedensoperationen vor. Gerstacker betonte, dass diese Fortschritte zeigen, dass es sich um einen laufenden Prozess handelt: *„Das geht nicht von heute auf morgen, aber da läuft ganz viel in die richtige Richtung.“*

Um den Nationalen Aktionsplan erfolgreich durchzuführen ist es auch wichtig, über Fortschritte in der Umsetzung transparent zu berichten. Zudem sollten österreichische Regierungs-Delegationen, die in Krisengebiete fahren, einen möglichst hohen „vorbildhaften“ Frauenanteil aufweisen, sich gezielt mit Frauenorganisationen vor Ort treffen und ihre politischen GesprächspartnerInnen darin bestärken, Frauen in Verhandlungsprozessen gleichberechtigt zu beteiligen. *„Doch leider sehen wir oft in den Medien, dass solche Delegationen nur aus Männern bestehen oder sehr stark männlich dominiert sind“*, bedauerte Gerstacker. Obwohl Gender und Frauenrechte ganz wichtige Themen für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) seien, gäbe es trotzdem wenig Geld dafür, und *„es nützen auch die schönsten Strategien nichts, wenn man eigentlich kein Geld hat, um sie zu realisieren.“* Das österreichische EZA-Budget müsste sich insgesamt massiv erhöhen, um mehr





Projekte im Bereich „Frauen, Frieden, Sicherheit“ zu ermöglichen.

### Ziele und Zukunft von 1325 und dem Nationalen Aktionsplan

Durch diverse im überarbeiteten NAP vorgesehene Maßnahmen hofft man, dass die Ziele der UN-Resolution 1325 in Zukunft verstärkt umgesetzt werden können und dass die Themen von Frauenrechten und Frauenbeteiligung besser verstanden werden. Die Resolution 1325 war etwas ganz Neues - „eine bahnbrechende Resolution, die ganz viel weiter gebracht hat“, sagt Gerstacker. Die Existenz eines Nationalen Aktionsplanes hat innerhalb Österreichs viel bewirkt und war auch für andere Länder beispielgebend. In einigen Staaten ist substanzielle Frauenbeteiligung in der Regierung wirklich „ein heißes Eisen.“ Es gibt politische Kontexte, in denen es schwer möglich ist, diese Themen zu besprechen, und wo es ganz schwer ist, einen Ort zu finden, wo alle sich treffen können. In diesen Fällen muss man manchmal auf kleinere Fortschritte zielen. Es gab zum Beispiel ein Treffen in Brüssel, bei dem sich Frauen aus verschiedenen Ländern (u.a. Georgien und Aserbaidschan) gemeinsam an den Tisch gesetzt haben. Bei diesem Treffen wurde eine Befragung der betroffenen Gruppen durchgeführt, um herauszufinden, was die Projekte sind, an denen sie arbeiten wollen. Während dieser Befragung wurde klar, dass es vielleicht noch immer zu heikel ist, über wirklich politische Friedensinitiativen zu sprechen. Diese Erfahrung zeigt, dass alle Staaten verschiedene Voraussetzungen zum Thema Gleichberechtigung von Frauen und Männern haben. Statt sehr hochgesteckte Ziele zu besprechen, wurden nahe und handfeste Themen besprochen, die laut Gerstacker „sehr nah am Herz liegen. Über diese Themen herrscht

*dann eine Einigkeit, da können sie sich an einen Tisch setzen und können miteinander reden. Und das wird von den Männern auch nicht als feindliche oder gefährliche politische Aktivität gesehen [...] Das geht nicht von heute auf morgen, gerade in Konfliktregionen, die wirklich teilweise auch traumatisiert sind [...] Aus diesen Gruppen haben dann ganz viele Frauen mit den Informationen, die sie bei uns erhalten haben, bei den lokalen Wahlen kandidiert. Und es ist dann ein wirklich schöner Erfolg, dass sie ganz langsam auch in die politische Arena hineingebracht werden.“* Aber der Bedarf an Gleichberechtigung für Frauen ist noch nicht für alle selbstverständlich, und deswegen sind die Resolution 1325 und folgende Umsetzungspläne nötig. Das ehemalige IFOR-Programm „Women Peacemakers Program“ (WPP), das jetzt ein unabhängiges Programm ist, arbeitet daran, dass Frauen an der Umsetzung von 1325 beteiligt werden. Gerstacker betont die Bedeutung dieser Fortschritte: *„Man braucht nicht zu erklären, wie wichtig das politisch ist, auch im Sinne der Menschenrechtserklärungen, dass Frauen gleichberechtigt sind [...] Es funktioniert alles viel, viel besser, wenn Frauen gestärkt sind und partizipieren. Für uns ist innerhalb der Resolutionen zu Women, Peace and Security der Bereich Schutz sehr wichtig, aber mindestens genauso wichtig ist der Bereich Partizipation. Wenn Frauen partizipieren und mitbestimmen können, dann wird sich der Bereich Schutz automatisch verbessern. Insofern geht das eine nicht ohne das andere, und wir versuchen, wo immer wir können, auf diese Partizipationsaspekte hinzuweisen.“* Obwohl schon viele Fortschritte gemacht wurden, ist die Gleichberechtigung und Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen keine Selbstverständlichkeit. Es ist wichtig zu beachten, dass die Exklusion von

Frauen in Friedensprozessen und Friedensmissionen auch einen tiefen Mangel an Gleichberechtigung in der Gesellschaft bedeutet. Die Beteiligung von Frauen kann nicht nur symbolisch sein, sondern ist ein Teil eines Prozesses. Dafür braucht man Geld und staatliche Unterstützung, aber man muss auch die existierenden patriarchalen Strukturen, die Frauen unterdrücken, in Frage stellen.

**Lea Greenberg** studiert am Grinnell College in Iowa und absolviert derzeit ein Praktikum beim österreichischen Versöhnungsbund

### Landminen in Palästina

Seit über 46 Jahren stellen Landminen ein großes, aber weniger bekanntes Sicherheitsrisiko in Palästina dar. Israel verlegte die Landminen im Westjordanland und dem Gaza-Streifen 1967 bei der Eroberung und Besetzung der palästinensischen Gebiete unter dem Vorwand der Sicherheit. Auch heute soll die Anzahl der vergrabenen Minen noch zwischen 800.000 und einer Million liegen. Die Minenfelder liegen an der Grenze zu Jordanien, an der sogenannten Grünen Linie, um die „Settlements“ herum und vor israelischen Militärinstallationen.

Die Ottawa-Konvention von 1997 verbietet den Einsatz, Produktion, Lagerung und Weitergabe dieser Waffen. Die Konvention schreibt die Vernichtung von Lagerbeständen innerhalb von vier Jahren, die Räumung minenverseuchter Gebiete innerhalb von zehn Jahren vor. Israel gehört nicht zu den 159 Staaten, die bis Dezember 2011 die Konvention ratifizierten.

Es gilt diese lebensbedrohlichen Minen zu räumen und Menschenleben zu schützen. Derzeit arbeiten daran besonders die Organisationen Roots of Peace – Palestine und HALO Trust (Hazardous Areas Life-support Organization).



# „Suchet der Stadt Bestes!“ - Zum prophetischen Auftrag der Kirche

Ullrich Hahn

*Auf einer Tagung von Church and Peace zum gleichlautenden Thema in Selbitz hat Ullrich Hahn (Präsident des Internationalen Versöhnungsbundes / Deutscher Zweig) am 31.5.2013 den im Folgenden abgedruckten Vortrag gehalten. „Gibt es andere Wege für christliche Gemeinden, als sich in spirituelle Nischen zurückzuziehen oder sich widerstandslos den Leitbildern anzupassen, die Gesellschaft und Institutionen vorgeben?“ - hieß es u.a. im Einladungstext. Im Anschluss an Jer 29,7 reflektiert U.Hahn christliche Verantwortung im politischen Bereich und deren Grenzen. Wir übernehmen mit Dank diesen Artikel als Einstieg für eine beginnende Reflexion und Diskussion über Grundlagen des Internationalen Versöhnungsbundes am Vorabend seines 100-Jahr-Jubiläums. Am Anfang stand eine Friedenskonferenz des Bundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen Anfang August 1914 in Konstanz, bei der einige VertreterInnen christlicher Kirchen nach Wegen suchten wollten wie der drohende Krieg noch zu verhindern sei. Und welche Rolle spielen die christlichen Kirchen heute im Hinblick auf die Herausforderungen für aktive Gewaltfreiheit im 21. Jahrhundert?*

## 1. Die Stadt

Zur Zeit der babylonischen Gefangenschaft eines Teils der jüdischen Bevölkerung war Babylon nicht nur der Name einer Stadt, sondern auch des damals großen und mächtigen Reiches Nebukadnezars. In seinem Brief legt der Prophet Jeremia den verschleppten JudäerInnen ausdrücklich nicht die Suche nach dem „Besten des staatlichen Reiches“, sondern dem der Stadt ans Herz.

Ein Staat war damals wie heute geprägt von Gewaltverhältnissen. Der deutsche Soziologe Max Weber definierte den Staat 1919 als „diejenige Gemeinschaft, welche das Monopol legitimer physischer Gewalt beansprucht.“ Konstitutiv für jeden Staat ist die Staatsgewalt nach innen (Polizei) und nach außen (Militär). Seine Grenzen sind in der Regel nicht Ergebnis natürlicher Entwicklung oder Ausdruck eines gelungenen Konsensus der links und rechts der Grenze lebenden Bevölkerung, sondern Folge von Kriegen und militärischer Macht.

Die Stadt dagegen ist der Ort des Zusammenlebens von Menschen und über den zumeist mit der Stadt

verbundenen Markt auch ein Ort der friedlichen Begegnung mit Menschen von außerhalb. Die Ordnung innerhalb der Stadt muss nicht, aber sie kann geprägt sein von der gemeinsamen Verwaltung der Sachen und nicht von der Herrschaft über Menschen. Im Mittelalter galt der Spruch „Stadtluft macht frei“, denn die Leibeigenschaft der meisten Menschen auf dem Land hatte dort ihre Grenze. Bis heute bezieht sich der Grundsatz der Selbstverwaltung auf Städte und Gemeinden. Bismarcks Bemerkung, mit der Bergpredigt könne man keinen Staat machen, gilt nicht für die Stadt. Für Jesus ist die „Stadt auf dem Berge“ geradezu das Sinnbild einer gelungenen Sozialstruktur. Zwar gibt es in unseren real existierenden Städten auch Unrecht, die Spaltung von Arm und Reich und die damit verbundene Herrschaft über Menschen. Aber im Gegensatz zum Staat ist die Stadt von ihrer Struktur her offen für ein gewaltfreies und gerechtes Zusammenleben ihrer EinwohnerInnen.

Deshalb ist sie auch anschlussfähig für die Mitwirkung des Gottesvolkes bei der gemeinsamen Suche nach dem, was das Beste für die Stadt ist. Dies dürfte sein:

die Bereitstellung der Grundbedingungen für das Leben der Menschen in ihr, die Herstellung von Gerechtigkeit auch für die geringsten der MitbürgerInnen, eine einvernehmliche Ordnung für das friedliche Zusammenleben aller.

## 2. Die Kirche

Die Aufforderung des Propheten richtete sich damals an das Volk Gottes im fremden Land, für uns heute an die Kirche in der Welt. Kirche verstehe ich im ursprünglichen Sinn als ecclesia, die Versammlung von ChristInnen. Ihre Größe ist keine Bedingung für die Gegenwart des Geistes. Jesus sprach von „zwei oder drei, die in meinem Namen versammelt sind“, und Simone Weil fügt hinzu: „Er sprach nicht von 20 und 30, auch nicht von 200 und 300, sondern von zwei oder drei.“ Zumindest die Anfänge können klein sein wie der Same, der zum Baum werden soll. Entscheidend ist, dass es der Versammlung darum geht, Gottes Willen zu tun im Hier und Jetzt. Es genügt nicht, das richtige Bekenntnis zu haben („Herr, Herr, zu sagen“). In seiner Endzeitrede zählt Jesus auch oder vielleicht sogar nur diejenigen zum Gottesvolk, die Barmherzigkeit üben





unabhängig davon, ob sie überhaupt etwas von Gott wissen wollen.

Wenn sich Kirche nun nicht nur als Versammlung von Menschen versteht, die zur Mitwirkung in der Welt aufgerufen sind, sondern darüber hinaus auch ein prophetisches Amt wahrnehmen soll, dann bedarf sie zunächst der Voraussetzungen, die den Propheten zu eigen waren. Dazu gehört:

- a. die Freiheit von jeder Art staatlicher Gewalt. Die Propheten des Alten Testaments traten auf als Kritiker gegenüber der staatlichen Macht. Die Propheten am Hof der Könige, die deren Macht legitimierten, werden in der Bibel als „falsche Propheten“ bezeichnet.
- b. die Freiheit von wirtschaftlicher Macht. Soweit wir wissen, gehörten die Propheten nicht zur reichen Oberschicht ihrer Gesellschaft. An den Privilegien der Reichen und Mächtigen hatten sie keinen Anteil.
- c. In unserer Zeit geschieht Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen zumeist mehr in den Strukturen der Wirtschaft als durch den Staat. Wo die Kirchen als Kapitalanleger von milliardenschweren Rücklagen am Finanzmarkt beteiligt sind, fehlt ihnen auch dadurch die nötige Unbefangenheit für ein kritisches Gegenüber zur Welt.

### 3. Der prophetische Auftrag

Der Auftrag der Propheten war einerseits immer auf eine konkrete Situation bezogen. Andererseits lassen sich Gemeinsamkeiten der prophetischen Anliegen feststellen:

- a. Die Wahrheit. ProphetInnen sagen, was Sache ist. Sie sprechen unangenehme Wahrheiten aus; Sachverhalte, die vielen bekannt sind, aber doch kaum eine/r laut zu sagen wagt und die deshalb kollektiv verdrängt werden. Der/die Prophet/in übernimmt die Rolle des Kindes, das da ruft, „*Der Kaiser ist ja nackt*“. Auf unsere



### „We shall overcome!“ - Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht

#### Drei biographische Zugänge

19. Oktober 2013 in Gammertingen (Landkreis Sigmaringen, Deutschland)

10.00 bis 18.30 Uhr + Abendveranstaltung 20.00 Uhr

Es gibt zahlreiche Organisationen, Netzwerke und soziale Bewegungen in Deutschland und weltweit, die sich mit ihrem Engagement die Möglichkeit erhalten wollen, zu mehr Frieden und Gerechtigkeit beizutragen und die Vision einer anderen Welt lebendig zu halten.

Diese Gruppierungen und Bewegungen wiederum werden oft genug von Menschen ins Leben gerufen und am Leben erhalten, die bereit sind, gegen den Strom zu schwimmen. Das ist nicht immer einfach. Manche dieser Aktivistinnen und Aktivisten haben sich eine Haltung der Gewaltfreiheit zur Lebensaufgabe gemacht. Sie geben uns und anderen Hoffnung und machen Mut zum weiteren Engagement.

Deshalb sollen auf dieser Tagung solche Menschen zu Wort kommen. Wir freuen uns sehr, dass wir mit Ullrich Hahn, Wiltrud Rösch-Metzler und Wolfgang Sternstein drei seit Jahrzehnten engagierte Menschen gewinnen konnten, die anhand ihrer persönlichen Lebensgeschichte auf Fragen eingehen werden wie etwa: Wodurch kamen sie zu ihrem Engagement und zu einer gewaltfreien Haltung? Welche konkreten Erfahrungen haben sie im Zusammenhang mit der Gewaltfreiheit gemacht? Gibt es Erlebnisse und Ereignisse, die sie als Niederlagen bzw. Erfolge erlebt haben? Wie wurden Höhen und Tiefen verarbeitet? Woraus schöpfen sie Lebensmut für ihr langfristiges Engagement? Welche Perspektiven sehen sie in einer gewaltbereiten, ungerechten, zerstörerischen Welt?

**Tagungsadresse:** Evangelisches Gemeindehaus, Roter Dill 13, 72501 Gammertingen

**Mitwirkende:** Bernd Geisler, Ullrich Hahn, Gabriele Lang, Hansjörg Ostermayer, Axel Pfaff-Schneider, Wiltrud Rösch-Metzler, Michael Schmid, Dr. Wolfgang Sternstein, Katrin Warnatzsch

**Veranstalter:** „Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.“

**Zusätzliches Angebot:** Für Sonntag, 20.10.2013, besteht noch das Angebot, an einer geführten Wanderung auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen teilzunehmen.

**Informationen:** Ausführliche Informationen sind zu finden unter [www.lebenshaus-alb.de](http://www.lebenshaus-alb.de) (bei „Veranstaltungen“) oder zu erhalten bei Lebenshaus Schwäbische Alb, Postfach 1145, 72497 Gammertingen, [info@lebenshaus-alb.de](mailto:info@lebenshaus-alb.de)

**Anmeldungen bis 4. Oktober 2013**



## KIRCHE & FRIEDE

Gegenwart bezogen könnte er daran erinnern, dass Zinsen kein himmlisches Geschenk sind und großer Reichtum mehr auf fremder als auf eigener Arbeit beruht. Er könnte die tödlichen Folgen struktureller Gewalt anklagen in den Hungergebieten dieser Welt und auch im Mittelmeer („Wir lassen sie verhungern und ertrinken“, nach J.Ziegler), während unter dem Vorwand der Verantwortung weltweit Waffen produziert und neue Kriege geführt werden.

b. Das Recht. Zusammen mit der Wahrheit über das verdeckte und verdrängte Unrecht erinnert der/die Prophet/in an das Recht. Gerade am Beispiel der alttestamentlichen Propheten wird deutlich, dass das Recht seit alters her die Funktion hatte und hat, die Macht in ihre Schranken zu weisen. In seiner reinen Form tritt das Recht ohnmächtig der Macht entgegen und bedient sich selbst keiner Gewalt. Vom gewaltlosen Gottesknecht heißt es: „In Treue trägt er das Recht hinaus“ (Jes 42,3). Wo sich anders das Recht der Macht bzw. der Staatsgewalt bedient oder die Gewalt unter dem Mantel des Rechts auftritt, gewinnt am Ende der Stärkere und nicht – jedenfalls nicht unbedingt – das Recht.

c. Der Widerstand. Aus dem Widerspruch des Rechts gegen das vorhandene Unrecht folgt zugleich die Bereitschaft zum Widerstand, zumindest in Form der Nichtzusammenarbeit mit dem Unrecht. Das bedeutet im Falle staatlichen Unrechts den Ungehorsam gegen ungerechte Gesetze und Anweisungen. Gott ist immer mehr zu gehorchen als den Menschen, und das gilt auch im Verhältnis zur staatlichen oder kommunalen Obrigkeit. Eine ganz andere Frage ist, ob sich ein/e Christ/in selbst an der Obrigkeit beteiligen soll. Dies scheint mir zumindest dort ausgeschlossen, wo die Obrigkeit als Teil der Staatsgewalt tätig wird, sei es

in einem Vollzugsorgan (Militär oder Polizei) oder in ihrer indirekten Ausführung, der Bürokratie. ChristInnen haben keinen biblischen Auftrag zur Übernahme und Ausübung von Staatsgewalt. Für die meist gut bezahlten Posten in den Parlamenten, der Verwaltung und Justiz finden sich genügend andere BewerberInnen. Christliche HerrscherInnen waren in der Regel nicht besser als ihre unchristlichen KonkurrentInnen. Folter, Leibeigenschaft und andere Formen der Unterdrückung wurden zumeist unter aufgeklärten KöniglInnen überwunden, nicht unter den christlichen HerrscherInnen.

d. Das Modell der Gemeinschaft. Zum prophetischen Auftrag gehörte und gehört schließlich, das angebrochene Reich Gottes im Modell einer im Verhältnis zur Gesellschaft alternativen Gemeinschaft sichtbar und erlebbar zu machen. Im geordneten Nebeneinander der Gesellschaft gilt das Recht des Vertrages – *do ut des*: Ich gebe nur, wenn und soweit du mir auch gibst. In der Gemeinschaft, dem gewachsenen Miteinander, gilt, dass jede/r gibt, was er/sie kann, und erhält, was er/sie braucht, ohne dass eine Verrechnung stattfindet. Wir erleben diese Art von Gemeinschaft zwar heute meist nur noch im Binnenraum der Kleinfamilie. Sie ist aber auch das von Gott gewollte Ordnungselement der „Stadt auf dem Berg“, die auf der Freiwilligkeit aller Glieder beruht (nicht auf vertraglichen oder sonstigen Verpflichtungen), deren Ordnung die Liebe ist (und nicht das Gesetz), deren gelebte prophetische Botschaft die des angebrochenen Gottesreiches ist (und nicht einer noch so demokratisch organisierten Gesellschaft). Wann und wo diese Gemeinschaft erfolgreich gelingt, wissen wir nicht. An uns liegt es, mit ihr zu beginnen.

**Ullrich Hahn** ist *Anwalt und Präsident des dt. Versöhnungsbundes*

**T**räume - Viele Menschen träumen davon, in der Pension einmal für einen längeren Einsatzzeit zu haben. Wir haben uns gut vorbereitet: wir haben versucht die Sprachen zu lernen, zumindest die Grußformeln zu lernen, wir haben die Geschichte und Politik studiert, wir haben den Vorbereitungslehrgang von EAPPI, dem ökumenischen Begleitprogramm für Palästina und Israel, besucht, haben uns auf den Einsatz vorbereitet. Der Traum ist in Erfüllung gegangen. Viele Menschen träumen davon in aktiver Gewaltfreiheit am richtigen Ort zu sein. Auch dieser Traum ist in Erfüllung gegangen.

Seit gut 2 Monaten sind wir in Palästina. Vroni ist in Yatta (South Hebron Hills), ich bin in Tulkarm, im Norden Palästinas. Wir sind an verschiedenen Einsatzorten.

### Unrechtssituationen

Überall, wo Unrechtssituationen bestehen, ist ein aktiver Einsatz notwendig. Die Unrechtssituation in Israel/Palästina ist augenscheinlich. Abertausende von PalästinenserInnen wurden 1948 am Nakbatag (Tag der Katastrophe) aus ihrer Heimat vertrieben, der Rest Palästinas steht bis heute unter Fremdherrschaft, ist ein von Israel besetztes Land. Mauern, Grenzzäune, Stacheldraht umgeben das Land; in Palästina sind illegale israelische Siedlungen; sie sind von Zäunen und militarisierten Zonen umgeben, Militär (IDF) ist



**Straßensperre in Schufa (Jussuf Windischer)**







## Gedanken zur aktiven Gewaltfreiheit – mitten in Palästina

Jussuf Windischer

überall präsent; es gibt Checkpoints, es gibt Haussprengungen, willkürliche Hausdurchsuchungen, Festnahmen, Vertreibungen... Es gibt hier unvorstellbare Willkür und Unrechtssituationen.

### Unsere Präsenz – Zeuginnen von Unrecht

Wenn ich auf den benachbarten Hügel hinaufsteige, sehe ich das Meer, nur 14 km entfernt. Die PalästinenserInnen dürfen nicht ans Meer, dürfen nicht zu ihren Verwandten, die jenseits der Mauer wohnen, es sei denn, sie haben eine besondere Genehmigung. Viele bekommen die Genehmigung gar nie im Leben. Ein großes Gefängnis. Wir werden zu Hilfe gerufen, wenn israelische SiedlerInnen Olivenhaine vernichten wollen oder schon vernichtet oder angezündet haben, wenn die IDF den Zugang zu den Feldern verwehrt, bzw. die landwirtschaftliche Tore nicht aufsperrt. Wir stehen neben und mit den Leuten, wenn Menschenrechte oder wenn internationales Menschenrecht verletzt wird. Unsere Präsenz kann manchmal schützen, zu oft sind wir nur mehr Zeuginnen von Übergriffen.

Wenn Vroni und ihr Team fast täglich zur Hilfe gerufen werden, dann deswegen, weil sich HirtInnen nicht mehr allein auf ihre Felder trauen,



Schulkinderbegleitung in Masafer Yatta



### Einkehr bei HirtInnen - während die Kinder in der Schule sind

weil sie von den israelische SiedlerInnen vertrieben werden. Die SiedlerInnen, von Regierung und Militär unterstützt, bestehen darauf, dass dies ihr Land sei, auch wenn sie erst jetzt angekommen sind. Dann kommen die SiedlerInnen mit Waffen, dann kommt das Militär mit schweren Waffen, um HirtInnen zu vertreiben. Vor kurzem verbrachte Vroni die Nacht bei den HirtInnen auf freiem Feld, hat neben ihnen und den Schafen die Nacht am Boden verbracht, um ihnen zur Seite zu stehen, falls die SiedlerInnen sie im Morgengrauen vertreiben würden. Es hat geholfen, vielleicht hat die betagte Hirtin es so ausgedrückt, indem sie Vroni am Heimweg ganz fest umarmte und nicht mehr loslassen wollte.

### Das Programm von EAPPI

Wenn wir auch für die MenschenrechtsverletzerInnen ungebetene Gäste sind, wir wissen, dass uns der ökumenische Weltkirchenrat eingeladen hat. Auf deren Wunsch wurde das Programm vom EAPPI (Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel) gestartet. Das Programm ist klar und einfach: „Kommt und seht“. Bei der Begrüßung und Sendungsfeier in der St. Georgs - Kathedrale in Jerusalem wurde uns gesagt:

*„Willkommen als ökumenische BegleiterInnen, wir bitten euch und beten darum: hört, was euch die Leute in diesem Land erzählen und begleitet sie in Solidarität“. Jeder hat eine Kerze bekommen, mit den Worten: „Ich rufe euch dazu auf, geht mit den Leuten von Tulkarm, von Yatta... im Lichte. Geht in Güte, Hoffnung, Geduld und Liebe, sodass ihr gesegnet seid und ein Segen für alle.“* Wir hatten den Segen der Kirchen Jerusalems, den Segen für das Volk Gottes, welches leidet, das sich nach Befreiung sehnt.

### Für PalästinenserInnen Alltag, für uns eine leichte Ahnung

Es ist ein Schock, plötzlich in einer völlig militarisierten Gesellschaft zu leben. Israels Jugend hat eine dreijährige Militärpflicht. Israelis dürfen auch offen Waffen tragen: im Kaffee oder am Strand, überall sind Waffen präsent. Sicher, es gab und gibt SelbstmordattentäterInnen, es gibt heute noch Anschläge oder Raketenbeschüsse aus dem Gazastreifen – wenn sie auch noch so ineffizient sind, Gott sei Dank – es sind Bedrohungen, es geht um Waffengewalt. Jeden Tag traf ich auf schwer bewaffnete Grenzsoldaten. Der Lauf des Gewehres auf Frauen, Männer, Kinder und auch



PALÄSTINA



### Demonstration der Bauern und Bäuerinnen in Susiya

auf uns gerichtet. Immer wieder sagten wir „Guten Morgen“ (auch auf Hebräisch), allzu oft hörten wir aber auch: „Don't speak with us“ oder auch „Go home“ oder „Haut ab“. BesetzungssoldatInnen haben alle Macht, man kann und darf sie nur bitten, menschlich zu sein. Und wenn man dann in der Nacht von Mauern, Zäunen, Stacheldraht, Militärfahrzeugen, Schusswaffen träumt, aufwacht und die F16 hört, dann bekommt man eine leichte Ahnung, was Besetzung und Militär bedeuten. Für uns ein Ahnung, für PalästinenserInnen dauernde Realität.

### Steine und schweres Geschütz

Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene wehren sich mit Steinen. Ich hab vierjährige Kinder mit Steinschleudern gesehen. Ich habe auch Erwachsene gesehen, die kleine Felsen auf gepanzerte Militärfahrzeuge warfen. Die Militärfahrzeuge waren mit Tränengasbatterieschossen, mit Stinkbomben oder auch mit schmerzenden Lärm-bomben ausgestattet. Die SoldatInnen waren und sind alle mit Maschinengewehren mit scharfer Munition ausgerüstet. Einige SoldatInnen schossen Tränengasgeschosse in Wohnhäuser, was zum Erstickungstod von Kindern und Menschen führen kann. In Kafr Quaddum wurden steinwerfende Kinder von der IDF fotografiert und steckbrieflich gesucht und auch bedroht. Auf solchen Schlachtfeldern nimmt sich das Steinwerfen wirklich nur mehr als symbol-

hafte Handlung des Widerstandes aus.

### Weltweite Solidarität

Es gibt die große Solidarität mit den jüngsten israelischen Regierungen. Ungebrochen die Solidarität der USA, ungebrochen die Solidarität der NATO.

Es gibt auch die UNO Solidarität der Deklarationen, welche den PalästinenserInnen minimale Rechte und Zugeständnisse zugestehen. Diese wurden und werden von Israel nicht respektiert.

Unsere Solidarität dient den Entrechteten, das sind die Tausenden PalästinenserInnen und auch die friedensbewegten Israelis. Wir haben mutige Zeugnisse von Israelis gesehen: Frauen in Schwarz, sie protestieren für das Ende der Besetzung Palästinas durch Israel. Israelis und PalästinenserInnen, deren Familienangehörige ermordet wurden, die trotzdem zusammenarbeiten, weil sie nicht mehr an den Hass glauben wollen. Es gibt israelische Kulturschaffende, sogar einen israelischen Theaterdirektor in Palästina, die für ein friedliches Zusammenleben stehen. Wir haben Israelis getroffen, die direkt neben dem Gazastreifen in Bedrohung leben, aber Freundschaften mit PalästinenserInnen pflegen. Wir haben viele Israelis getroffen, die von ihrer eigenen Regierung als VerräterInnen abgestempelt werden, nur deswegen, weil sie ein friedliches Zusammen-



**At Tuwani - 50 Olivenbäume wurden von SiedlerInnen in der Nacht geknickt**



### Masafer Yatta - zu Fuß von Dorf zu Dorf (Vroni Windischer)

leben anstreben und PazifistInnen sind. Ihnen gilt unsere Solidarität.

### Resümee

Der Einsatz ist manchmal ziemlich tristlos und unromantisch. Am schwierigsten ist es, die Hilflosigkeit zu ertragen. Wir stehen oft neben Unrechtssituationen, sind Zeuginnen von Übergriffen, wir müssen dies dann sogar fotografieren, den entsprechenden Bericht schreiben und können Unrecht nicht verhindern, können nicht einmal dazwischentreten. Wir können nur davon berichten, Zeuginnen sein und Zeugnis der aktiven Gewaltfreiheit geben. Unsere Werkzeuge, wir selber, das Dabeisein, vielleicht der Fotapparat, der Notizblock. Wir hoffen nur, dass jemand unsere Berichte liest und den Hilfeschrei ernst nimmt. Meine Überzeugung, dass der gewaltfreie Widerstand zum Ziel führt, das lerne ich hier von vielen PalästinenserInnen, ganz konkret und praxisnah.

**Jussuf und Vroni Windischer** arbeiten im Generalsekretariat von Pax Christi Österreich und waren von April bis Juli 2013 auf EAPPI-Einsatz in Palästina





KOREA

## Impressionen aus Korea

### Interview mit Maria Kim

**K**im Jong Un's Rhetorik des ständigen Drohens und seine wiederholten, demonstrativen Tests von Langstreckenwaffen führen immer wieder zu öffentlichen Diskussionen darüber, wie mit einem Diktator, der droht außer Kontrolle zu geraten, umzugehen ist. Maria Kim, eine in Südkorea geborene junge Frau, die im Kampf gegen Atomwaffen aktiv ist, präsentiert im Interview mit Bettina Schieraus interessante und sehr persönliche Ansichten zu dem Thema.

**Frage: Die breite Öffentlichkeit wie auch politische Persönlichkeiten scheinen sich unsicher zu sein, ob die Drohungen Kim Jong Un's ernst zu nehmen sind. Wie ist die Atmosphäre in Südkorea? Was sagen deine Bekannten vor Ort? Wie ist deine persönliche Meinung?**

Einen Tag, nachdem Nordkorea erklärte mit Südkorea im Kriegszustand zu sein, rief ich meine Mutter an um zu fragen, ob es meiner Familie gut geht. „Mama, ist alles in Ordnung? Wie ist die Atmosphäre bei euch?“ Aber ihre ruhige Antwort stand in starkem Kontrast zu meiner Sorge: „Wovon sprichst du? Hier gibt es kein Problem, Maria.“ Also habe ich sie nochmals gefragt und ihr erklärt, dass ich in Sorge war, weil sie in den Nachrichten berichtet hatten, dass Nordkorea feindliche Aussagen gegen den Süden getätigt hatte. Sie meinte nur: „Oh, das wird nicht so anders sein als sie sich normalerweise uns gegenüber benehmen.“

Nicht nur meine Mutter sieht das so. Viele meiner koreanischen FreundInnen reagierten ähnlich als ich sie zur Stimmung in Korea

befragte. Mir ist dann auch bald eingefallen, dass ich, bevor ich letzten Sommer Korea verlassen habe, auch so gewesen bin – abgestumpft gegen die nordkoreanischen Drohungen und ohne große Angst vor einem Krieg mit ihnen. Dieses soziale Phänomen gibt es in der jüngeren Geschichte, seit 1953 der koreanische Krieg gestoppt wurde. Wären die SüdkoreanerInnen jedes Mal, wenn es Spannungen zwischen den beiden Koreas gab, sehr sensibel und ängstlich gewesen, hätte das für uns großen Stress und Traumata bedeutet. Vielleicht konnten wir, um ein halbwegs normales Leben zu leben, nichts anderes tun, als unsere Köpfe in den Sand zu stecken. Es macht mich traurig zu denken, dass dieses Phänomen ein Nebenprodukt des fortwährenden Krieges auf der koreanischen Halbinsel ist. Außerdem können wohl auch die große Wut und die gewalttätige Disposition Nordkoreas als solche gesehen werden.

**Frage: Kim Jong Un droht mit dem Gebrauch von Atomwaffen. Inwiefern, denkst du, hat das einen Einfluss auf den internationalen Dialog im Bereich dieser Thematik? Wie beeinflusst das die öffentliche Meinung zu Atomwaffen, besonders in Südkorea?**

Jede Strategie, sogar Drohungen, kann nur einen Effekt haben, wenn sie im rechten Maße angepasst und im richtigen Timing angewandt wird. In diesem Punkt scheint Kim Jong Un noch solange in einer Trial-and-Error Phase zu sein, solange wir schockiert über seine Rhetorik und perplex gegenüber seiner Haltung sind.

Dennoch ist es offensichtlich, dass

Kim Jong Un große Aufmerksamkeit auf Nordkorea zieht, was einen Einfluss auf den Dialog über Nuklearwaffen hat. Bei den internationalen Treffen, wie etwa der kürzlich abgehaltenen Vorbereitungskonferenz zur 2015 stattfindenden Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages von Atomwaffen (die Vorbereitungskonferenz fand von 22. April bis 6. Mai in Genf statt - Anm.), sind Nordkoreas Atomtest und der Raketenabgeschoss neben dem Iran die Topthemen und werden von vielen Delegierten kritisiert. Kim Jong Un scheint sich dafür entschieden zu haben, in Nuklearwaffenfragen der Linie seines Vaters zu folgen. Vielleicht ist er aber auch schon weiter gegangen als sein Vater. Dennoch, wir sollten die Möglichkeit nicht abschreiben, dass Nordkorea seine Politik ändert, wenn wir uns darum bemühen - nicht nur mit Sanktionen, sondern auf verschiedene Arten wie humanitäre Hilfe, soziale und kulturelle Ansätze, individuelle Austausch und diplomatische Dialoge, ohne dass von einer Seite zuvor Forderungen gestellt werden.

Seit Nordkorea 1994 damit begonnen hat, eigene Atomwaffen zu entwickeln, hat die südkoreanische Gesellschaft damit angefangen, sich mit der Problematik von Atomwaffen zu beschäftigen. Weil es so begonnen hat, haben die Koreanerinnen und Koreaner die Angewohnheit das nordkoreanische Atomwaffenprogramm und die Atomwaffenfrage insgesamt gleichzusetzen. Als ich zum Beispiel zum ersten Mal von der Atomwaffenproblematik auf internationaler Ebene hörte, versuchte ich sofort das vom Standpunkt des nuklearen Problems Nordkorea zu betrachten. So gesehen ist es ganz klar, dass die Meinung der Menschen in Südkorea zu Atomwaffen sehr negativ ist, da sie mit ihrer Meinung über das nordkoreanische Regime verknüpft ist. Allerdings wäre es auch nötig, dass SüdkoreanerInnen über eine



KOREA

beschränkte und nationale Perspektive hinaus ihr Verständnis für die Thematik von Atomwaffen erweitern.

**Frage: Kennst du Friedensinitiativen, die versuchen Nord- und Südkorea zu versöhnen? Gibt es zum Beispiel Jugendinitiativen, die Jugendliche aus den beiden Ländern zusammen bringen?**

Auf der Regierungsebene ist das beachtenswerteste Beispiel einer Friedensinitiative auf der koreanischen Halbinsel die „Sonnen-scheinpolitik“ von 1998 bis 2008. Diese wurde erst vom früheren Präsidenten Kim Dae Jung ins Leben gerufen und dann von seinem Nachfolger Roh Moo Hyun fortgesetzt. Während dieser zwei Regierungsperioden begann die Zusammenarbeit von Nord und Süd im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung, wie etwa bei der Eisenbahn und dem Mount Kumgang - Tourismus. Zusätzlich konnten durch die Koordination des koreanischen Roten Kreuzes drei Mal Zusammenführungen von während des Korea-Krieges getrennten Familien stattfinden. Außerdem gab es noch die erste Konferenz seit dem Korea-Krieg, an der die Staatschefs beider Koreas teilnahmen. Als ein Teil der Sonnen-scheinpolitik wurde auch der Kaesong - Industriepark gebaut.

Auf Nicht - Regierungs - Ebene gibt es etwa 60 Organisationen, die offiziell an einer Versöhnung von Nord und Südkorea arbeiten, wie etwa das Korean Council for Reconciliation and Cooperation, das Korean Sharing Movement, das Kaesong Industrial District Management Committee, die Okedongmu Children in Korea und das Koreanische Rote Kreuz. Das Hauptaugenmerk dieser Organisationen liegt auf humanitärer Hilfe, da dies als jener Ansatz gilt, der am weitesten von jeglichem Potential für politische Unruhen entfernt ist. Gleichzeitig, und man muss sagen, dass dies



**Maria Kim bei einem Workshop zu politischer Lobbyarbeit gegen Atomwaffen**

wohl der wichtigste Grund für diesen Ansatz ist, werden die Organisationen selbst durch die politische Situation beeinflusst. Das neueste Beispiel für diese Struktur ist die Schließung des Kaesong - Industrieparks.

An Jugendinitiativen gibt es seit dem Jahr 2000 die South-North Korean Youth Interchange Federation – sie ist eines der wenigen Beispiele, die es in diesem Bereich gibt. Aber wenn man es genau nimmt, ist es schwierig sie „Initiative“ zu nennen, da sie von der koreanischen Regierung initiiert wurde und alle Programme von koreanischen BeamtenInnen geplant werden. Stattdessen würde ich gerne das interessante Projekt „South-North Youth Talk“ vorstellen. Das ist eine Talk Show die von zwei koreanischen Jugendlichen entworfen wurde, einer aus Süd- und einer aus Nordkorea, der in Südkorea lebt. Diese Show wurde zum ersten Mal am 25. April 2013 gezeigt und von den beiden moderiert. Diese Show ist sehr informell und sie hoffen, dass sie so das gegenseitige Verständnis von SüdkoreanerInnen und nordkoreanischen ÜberläuferInnen verbessern und den Jugendlichen durch Spaß und offenes Reden die Voreingenommenheit nehmen.

**Frage: Du engagierst dich sehr im Kampf gegen Atomwaffen. Erzähle uns doch bitte von deiner Arbeit und warum das so wichtig für dich ist!**

Seit August 2012 arbeite ich bei Peace Depot, einer japanischen Nicht - Regierungs - Organisation, die als Think Tank zu nuklearer Abrüstung und Sicherheit durch Gewaltfreiheit arbeitet. Dort forsche ich und schreibe Artikel zu relevanten Themen und koordiniere internationale Treffen. Außerdem arbeite ich als Assistentenz-Koordinatorin Nordost-Asien des Parlaments für Nicht-Weiterverbreitung und Abrüstung von Atomwaffen. Gleichzeitig bin ich engagierte Aktivistin bei Ban All Nukes generation (BANg). Bevor ich nach Japan zog, arbeitete ich drei Jahre lang für zwei verschiedene koreanische Friedensorganisationen.

Ich glaube nicht, dass der Frieden in der Welt durch die Beseitigung von Nuklearwaffen alleine erreicht werden kann. Frieden kommt von Innen, nicht von Außen. Deshalb zögere ich, den Frieden gleichzeitig mit nuklearer Abrüstung zu nennen, als ob er ein Ziel oder ein Resultat davon sein könnte. Jedoch will ich sehr wohl sagen, dass Atomwaffen aus selbstsüchtigem Interesse geschaffen wurden und Menschen dazu bringen durch Selbsttäuschung nach vermeintlichen Gefahren zu suchen, was keinerlei Schutz bietet, sondern vielmehr den Frieden zerstört, der in jedem Menschen wohnt. Ich will nicht zulassen, dass Atomwaffen diese bösen Dinge tun und hoffe, dass das falsche Bedürfnis nach Atomwaffen aus den Köpfen der Menschen gelöscht wird – ganz unabhängig davon, ob sie von Bewunderung, Abhängigkeit oder dem Wunsch nach ihrem Besitz getrieben sind. Deswegen kämpfe ich gegen Atomwaffen.



KOLUMBIEN

# Kurs auf Frieden

Werner Hörtner

*Allem Anschein nach wird diesmal den Friedensverhandlungen zwischen der Regierung Kolumbiens und der größten Guerillabewegung FARC ein Erfolg beschieden sein. Beide Seiten brauchen und wünschen ein Ende des Dauerkonflikts.*

Die Geheimhaltung ist gelungen, die Überraschung war perfekt: Am 27. August des Vorjahres kündigte der kolumbianische Staatspräsident Juan Manuel Santos die Aufnahme von Friedensgesprächen mit den FARC, den „Revolutionären Streitkräften Kolumbiens“, an. Generalstaatsanwalt Eduardo Montealegre verkündete noch am selben Tag, die Überwindung des jahrzehntelangen Konflikts könne nur über einen Friedensprozess erfolgen. Eine Kehrtwende um 180 Grad zur Politik von Santos' Vorgänger Álvaro Uribe, nach dessen Konzept der „Demokratischen Sicherheit“ die Guerilla nur durch massiven Militäreinsatz zu einer Aufgabe des Kampfes gebracht werden könnte.

Eigentlich war der Durchbruch zu Friedensverhandlungen schon früher erwartet worden, als Antwort auf die Erklärung der FARC vom Februar 2012, einseitig und ohne Gegenleistung ihre langjährige Finanzierungspraxis der Entführungen beenden zu wollen. Eine sensationelle Meldung, doch keine Reaktion folgte - glaubte die Öffentlichkeit zumindest. Währenddessen handelten bereits VertreterInnen von Regierung und Guerilla in Kubas Hauptstadt Havanna die Agenda des Friedensdialogs aus. Die norwegische Regierung war von Anfang an beratend in die bilateralen Gespräche involviert, ebenso die Regierungen von Kuba und Venezuela. Im vergangenen Oktober wurde der Dialog offiziell in Oslo gestartet und wanderte gleich anschließend nach Havanna wei-

ter, wo seither die Gesprächsrunden der beiden Delegationen stattfinden. Diese bestanden übrigens nur aus Männern. Doch die FARC sorgten in letzter Minute für eine Überraschung. Plötzlich tauchte in ihren Reihen eine junge Niederländerin auf, Tanja Niejmeijer, die seit zehn Jahren bei der Guerilla mit Übersetzungen und Kommunikationsaufgaben betraut war. Ein gelungener Medien-Coup: Die junge Frau sorgte als „schöne Terroristin“ bei den JournalistInnen für großes Interesse.

„Kann dieser Friedensprozess mit der Guerilla der Beginn eines neuen Kolumbiens sein?“, frage ich Padre Alberto Franco, den Generalsekretär der „Ökumenischen Kommission Gerechtigkeit und Friede“ im Besprechungszimmer der kirchlichen, doch überkonfessionellen Organisation in Bogotá. Der Raum allerdings strahlt keinen Frieden aus, sondern mutet wie ein Museum der schrecklichen Realität Kolumbiens in den letzten Jahrzehnten an. Überall an den Wänden gerahmte Fotos mit Bildern von Verschwundenen. Zu meiner großen Erschütterung entdeckte ich auch den Computer und die Schreibmaschine von Eduardo Umaña Mendoza, einem renommierten Menschenrechtsanwalt, den ich vor seinem Tod bei jedem Kolumbienbesuch getroffen hatte. Im April 1998 wurde er in seinem Büro von Auftragskillern erschossen. Er hatte gegen Militärs ermittelt.

Zum Friedensprozess und zu meiner Frage meint Padre Franco, das

hänge davon ab, welche Garantien es für die Ausübung der politischen Rechte gibt. *„Diskurse haben wir schon mehr als genug gehabt, und ebenso Erklärungen des guten Willens. Wie viele Angehörige der Armee haben schwere Menschenrechtsverletzungen begangen! Wenn man dieses Militär säubern will, dann muss man das ernsthaft angehen. Natürlich wollen wir den Frieden, dafür arbeiten wir schon sehr lange. Doch wir haben die Befürchtung, dass das in der Praxis anders ausschaut.“*

Die Ankündigung der Aufnahme von Friedensgesprächen stieß in der Bevölkerung auf große Zustimmung. Nach einer ersten Meinungsumfrage sprachen sich 74,2 % der Befragten für den Friedensprozess aus. Auch in der Szene der MenschenrechtsaktivistInnen herrschte Freude über die Nachricht vor, doch gemischt mit einer anständigen Portion Skepsis.

Alirio Uribe Muñoz ist Gründer und Leiter eines Kollektivs von MenschenrechtsanwältInnen und -expertInnen in Bogotá, das bereits über 40 MitarbeiterInnen zählt. Und einer der meistbedrohten Menschen im Land. Als der größte, direkt dem Präsidenten unterstehende Geheimdienst DAS kürzlich wegen seiner kriminellen Machenschaften aufgelöst wurde, fand man in den Archiven Kopien der Schulzeugnisse seiner Kinder und seiner Kontoauszüge, Untersuchungsprotokolle seines Hausmülls, Fotos von ihm auf einer Italienreise.

„In Kolumbien gibt es heute sehr viele Erwartungen bezüglich des Friedensprozesses mit den FARC“, erzählt er mir. *„Offensichtlich haben die FARC eingesehen, dass dieser Krieg keinen Sinn mehr hat. Und die vielen Bodenschätze unseres Landes benötigen ein geeignetes Klima, um sie abzubauen zu können. Dieses tödliche Modell, das die Paramilitärs und der Uribismus (die*



KOLUMBIEN



**Kolumbien: Ein wunderschönes Land, das jedoch seit Jahren von schweren Konflikten geprägt ist.**

Bewegung um den Ex-Präsidenten Uribe Vélez; Anm.) vertreten, passt nicht zusammen mit einem Modell der Modernisierung und Industrialisierung des Landes, weshalb die Unternehmer besonders stark für eine Friedenslösung eintreten. Was mich aber besorgt macht, ist nicht so sehr die juristische Form eines Abkommens. Der Konflikt wird nicht dadurch beendet, dass die Guerilla die Waffen niederlegt. Wir brauchen ein viel umfassenderes Friedensprojekt. Wir brauchen eine Deaktivierung der Staatskriminalität. Wir brauchen eine Säuberung der Streitkräfte.“

Doch der Zug geht in eine andere Richtung. Ein Gesetz mit dem Namen „Rechtlicher Rahmen für den Frieden“ ist bereits fix und fertig. Sobald ein Friedensabkommen geschlossen wird, tritt es in Kraft. Es sieht eine Amnestie für alle am bewaffneten Dauerkonflikt beteiligten AkteureInnen vor, die Guerilla, die Paramilitärs und die Streitkräfte. Die anscheinend vernünftigste Lösung, mit der Alirio Uribe Muñoz jedoch überhaupt nicht zufrieden ist. „Man muss eine Formel ausarbeiten, um die Staatsverbrechen strafrechtlich zu verfolgen. Wenn das nicht stattfindet, so wird in Kolumbien die paramilitärische und staatliche Gewalttätigkeit kein Ende finden, egal, ob es nun die

*FARC noch gibt oder nicht.*“ Übrigens: Die Namensgleichheit der beiden Erzfeinde Álvaro und Alirio Uribe ist reiner Zufall bzw. Ironie des Schicksals.

Auf jeden Fall ist dieser Friedensdialog, im Gegensatz zu früheren Versuchen, inhaltlich gut vorbereitet und strukturiert. Das Abkommen zur Aufnahme der Gespräche beinhaltet sechs Themen: Politik zur integralen landwirtschaftlichen Entwicklung, politische Mitgestaltung, Ende des Konflikts, Drogenhandel, Opfer und Wiedergutmachung sowie Anwendung und Überprüfung der Vereinbarungen. Gegenwärtig ist man beim zweiten Punkt angelangt, der politischen Beteiligung. Dabei geht es darum, in welcher Form sich die abgerüstete Guerilla am politischen Leben des Landes beteiligt, ob als Partei oder im Rahmen eines Linksbündnisses, ob auf nationaler Ebene oder mehr im lokalen Bereich. Dieser Punkt hat für die FARC eine besondere Sensibilität. Im Rahmen eines Friedensprozesses unter Präsident Belisario Betancur (1982 - 1986) gründeten die „Revolutionären Streitkräfte“ eine legale Partei, die Patriotische Union (UP). Diese zog ziemlich schnell eine große WählerInnenschaft an sich. Daraufhin starteten die Armee und die paramilitärischen Gruppen eine regel-

rechte Auslöschungskampagne und ermordeten im Laufe eines Jahrzehnts an die 2.500 bis 3.000 AktivistInnen der Partei. 2002 wurde die UP von Rechts wegen aufgelöst, da sie nicht mehr genügend WählerInnen für den Status einer Partei aufbrachte.

Das Thema Landwirtschaft wurde fünf Monate lang diskutiert, doch handelt es sich dabei um den bei weitem schwierigsten und konfliktivsten Bereich. Und tatsächlich gelang eine zufriedenstellende Einigung. Beide Seiten beabsichtigen nun, den Verhandlungsprozess bis zum Jahresende abzuschließen. Die Chancen auf ein unterschrittsreifes Abkommen stehen sehr gut.

Die zweite Guerillabewegung Kolumbiens, die ELN („Nationales Befreiungsheer“), ist den Verhandlungen übrigens noch nicht beigetreten, hat jedoch ihrer Bereitschaft an einer Beteiligung Ausdruck verliehen.

**Werner Hörtnner**, langjähriger Südwind-Redakteur, verbrachte soeben seinen ersten Ruhestandsmonat in Kolumbien. Im September erscheint im Schweizer Rotpunkt-Verlag sein Buch „Kolumbien am Scheideweg. Ein Land zwischen Krieg und Frieden“.

übernommen aus:

**Südwind-Magazin 6/2013**

[www.suedwind-magazin.at](http://www.suedwind-magazin.at)





KOLUMBIEN

## Der Staat zieht Verleumdungen gegen die Friedensgemeinde zurück – der Präsident taucht nicht auf

Emily Schmitz

**D**as brutale Massaker, das acht ZivilistInnen, darunter drei Kinder, am 21. Februar 2005 in der Friedensgemeinde San José de Apartadó das Leben gekostet hat, ist inzwischen ein symbolisches Beispiel für die Ungerechtigkeit und die Straflosigkeit von Seiten der Regierung. Im Zusammenhang mit diesen Vorfällen unterstellte der frühere Präsident Álvaro Uribe den BewohnerInnen der Friedensgemeinde öffentlich Kollaboration mit der Guerilla; Anschuldigungen, die auch weiterhin das Leben von ZivilistInnen gefährdeten:

*„In dieser Gemeinde [...] leben gute Menschen, aber einige ihrer AnführerInnen, FörderInnen und VerteidigerInnen wurden von Menschen, die dort gelebt haben, als HelferInnen der FARC identifiziert; sie wollten die Gemeinde benutzen, um diese terroristische Organisation zu schützen.“*

Die Wirkung dieser Aussagen hatte weitere Konsequenzen, die zum Bruch zwischen der Friedensgemeinde und staatlichen Behörden führten und so den Graben zwischen Friedensgemeinde und der Regierung noch vertieften.

Im Juli 2012 gab es erneut Anlass zur Hoffnung, geschürt durch die Veröffentlichung der Entscheidung 164 des Verfassungsgerichtshofs, die fünf Schritte aufzeigte, die zu Wiedergutmachungen führen sollten und die Mitwirkung des Staates unter Bedingungen forderte, welche zwischen der Friedensgemeinde und dem kolumbianischen Innenministerium ausgehandelt werden sollten. Ausgangspunkt des Prozesses sollte eine am 29. Mai

2013 stattfindende offizielle Zurücknahme jener Aussagen sein, die die kolumbianische Regierung vor über neun Jahren getätigt hat. Die Friedensgemeinde forderte, dass Präsident Juan Manuel Santos persönlich die Zurücknahme ausspricht, und es kamen, unter Annahme dieser Voraussetzung, 32 Mitglieder der Friedensgemeinde am Vorabend des Ereignisses nach Bogotá.

Aber am Morgen des 29. Mai, als das Philharmonische Orchester von Kolumbien die Zeremonie mit der Nationalhymne eröffnete, gab es eine offensichtliche Leere: 32 Stühle blieben unbesetzt. Präsident Santos würde nicht teilnehmen. Die Zeremonie, begleitet von Fernsehkameras, voller Menschen in schwarzen Anzügen und Krawatten, wurde weiter abgehalten. Fernando Carillo, Kolumbiens Innenminister, trat an die Stelle des Präsidenten und sprach im Namen des Staates - er begann mit der bereits vorbereiteten Begrüßung der „heute hier anwesenden Mitglieder der Friedensgemeinde San José de Apartadó“.

Wie geplant und vom Verfassungsgerichtshof verlangt, widerrief Carillo offiziell die 2005 ausgesprochenen Anschuldigungen gegen die Friedensgemeinde:

*„...nicht nur in Übereinstimmung mit einer gerichtlichen Anordnung, sondern aufgrund des festen Glaubens der nationalen Regierung an das Recht, nicht verleumdet zu werden und für die Ehre und das Recht Menschenrechte zu fördern und zu schützen [...], will ich im Namen der Regierung und des*

*Präsidenten der Republik Erklärungen und Vorwürfe, die von meinem Vorgänger getätigt wurden, berichtigen und korrigieren [...] und die friedensschaffende Arbeit der Friedensgemeinde San José de Apartadó loben [...] Diese Richtigstellung ist eine Einladung [an sie], ihre Arbeit für den Frieden fortzusetzen...“*

Anschließend betonte der Repräsentant des UN Hochkommissars für Menschenrechte in Kolumbien, Todd Howland, die Bedeutung der Veranstaltung. In seiner Rede erkannte er die Abwesenheit der Mitglieder der Friedensgemeinde und die Bedeutung ihrer Entscheidung an: die lang anhaltenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der Friedensgemeinde und der



**Die Menschen in der Friedensgemeinde in San José de Apartadó versuchen ein würdiges Leben zu leben.**

Foto von Marie Luise Schmidt



## KOLUMBIEN

Regierung, das Problem, das Vertrauen, das während des 50 Jahre langen Bürgerkriegs zerstört worden war, wieder herzustellen, und die Bedeutung des Widerrufs. Statt eines Schlusstriches, so betonte er, sollte der Widerruf eine Initiative werden, ein notwendiger Schritt eines Weges hin zur Wiederherstellung von Vertrauen.

Ein Stück die Straße weiter unten bezog zur gleichen Zeit die Friedensgemeinde in einer kleinen Pressekonferenz Stellung zu ihrer Weigerung, an der Zeremonie teilzunehmen:

Seit ihrem ersten Kontakt mit dem Innenministerium brachte die Gemeinde mit völliger Klarheit und Überzeugung zum Ausdruck, dass der Widerruf nur durch eine klare Deklaration, getätigt durch den Präsidenten der Republik, als gültig erachtet werden würde, da es auch dieser hochrangige Staatsrepräsentant war, der die schwerwiegenden, falschen Anschuldigungen vorgebracht hatte, die hunderte fatale Konsequenzen zur Folge hatten und zu einer Reihe von humanitären Verbrechen während der letzten neun Jahre führten.

Mit dieser formellen Zurückweisung kehrten die 32 Mitglieder der Friedensgemeinde am folgenden Tag nach San José de Apartadó zurück und benannten die Veranstaltung als "einen weiteren aggressiven Akt hoher RegierungsvertreterInnen" und sogar als "eine weitere Beleidigung".

Seine öffentlichen Aussagen von vor über neun Jahren reflektierend antwortete Ex-Präsident Álvaro Uribe auf Twitter, er halte seine Behauptungen aufrecht und bekräftige „den Missbrauch durch die terroristischen FARC und einiger AusländerInnen in Friedensgemeinden.“

In der Folge der Ereignisse des 29. Mai gibt es noch vier Punkte in der Entscheidung des Höchstgerichtshofes, die noch ausgeführt werden müssen; einer davon wird bereits angegangen: Eine Gerechtigkeits - Evaluierungskommission soll fast 500 Fälle von Übergriffen gegen die Gemeinde sorgfältig analysieren, wofür sie sich einige Monate Zeit nehmen kann.

**Emily Schmitz** ist Mitglied des FOR Colombia Begleitteams und arbeitet momentan in Bogotá

Übersetzung: Lucia Hämmerle und Irmgard Ehrenberger

## Bericht aus dem Irak

Mark Johnson

Das Folgende stammt aus der Zeit meiner Teilnahme am Zweiten Forum für Organisationen, die zu Gewaltfreiheit arbeiten, in Basra im vergangenen Oktober, das u.a. von La'Onf (no violence), einem FOR USA Pfeffer Peace Prize Empfänger, veranstaltet wurde. Der Bericht in voller Länge (und englischer Sprache) kann auf <http://forusa.org/blogs/mark-johnson> nachgelesen werden. Nach fast einem Jahr sind es vor allem drei Dinge, die mir immer klarer werden: 1. Es gibt den irakischen Einsatz für Gewaltfreiheit; es ist ein starker und inspirierender Einsatz; 2. Die europäische Gemeinschaft bewies weit mehr Verantwortungsbewusstsein in Zusammenhang mit dem Wiederaufbau als die USA, die einen ungleich höheren Anteil am Krieg und seinen Kosten hatte; und 3. Der Einsatz für die Restauration der von Tigris und Euphrat gespeisten Salzsümpfe ist entscheidend, dringlich und von leidenschaftlichem Interesse für viele im Irak. - Mark Johnson

### Tagebuch Irak: Basra, die Stadt des Friedens

Ich kam freitags im Irak an, als Gast des Zweiten Iraqi Nonviolence Forum in Basra. Ich bin einer von 20 Internationalen, die der Einladung der zwei nationalen Organisationsgruppen - La'Onf (the Iraqi Nonviolence Network) und Iraqi Civil Society Solidarity Initiative (ICSSI) – gefolgt sind.

Das Kulturzentrum der Southern Oil Company ist heute der Veranstaltungsort. Ca. 200 VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft und der Regierung haben sich eingefunden. MediatorInnen, ForscherInnen, StudentInnen, JournalistInnen und VertreterInnen der Sponsoren treffen etwa zwei Stunden bevor das Programm beginnt ein.

Nach einleitenden Begrüßungsworten verlässt eine Gruppe von Menschen in traditioneller Kleidung

den Saal, ihrer Meinung Ausdruck verleihend, dass die Tagung mit einer Lesung aus dem Koran begonnen hätte werden sollen. Dies wird jedoch vorwiegend ignoriert und die Unterbrechung ist kurz. Die Gruppe kommt später wieder zurück, in dem Wissen, dass sie ihre Meinung aufgezeigt hat, um an den Workshops und Plena teilzunehmen.

Die angebotenen Workshops sind zu Toleranz, Arbeitsproblemen und dem Missbrauch von Kindern – ich wähle letzteren. Die Präsentation scheint mir ein Test der limitierten Möglichkeiten simultane Übersetzungen anzubieten zu sein – obwohl es natürlich auch gut möglich ist, dass die Zustände tatsächlich so schwierig wie dargestellt sind. Schätzungen besagen, dass mehr als 67% irakischer Kinder von Missbrauch betroffen sind – Mädchen öfter als Jungen, wobei





IRAK



**Rafa, eine junge Friedensaktivistin aus dem Irak**

letztere jedoch mehr Leid davontragen. Diese Zahl erscheint den Internationalen als sehr hoch, unsere jungen ÜbersetzerInnen sind jedoch durch ihre eigenen Erfahrungen von den Zahlen überzeugt. Wir müssen akzeptieren, dass diese Statistik glaubwürdig ist in einer Kultur, die schon eine Dekade lang von Kriegsführung und Besetzung geprägt ist, die von Gewalt begleitet wird, welche Angst im täglichen Leben und längere Perioden von Einschränkungen bedeutet.

Im anschließenden Plenum kommt am Ende noch die jüngste Delegierte, Rafa (11 Jahre), zu Wort. Ihr Kommentar ist eine Beschwerde, dass an diesem Tag zu wenig nächste Schritte entworfen und zu wenig Lösungen gefunden wurden. Sie findet als einzige Bestätigung an diesem Vormittag.

Die Plena am Nachmittag beinhalten eine Session zu „Minoritäten im Irak und ihre Ängste für die Zukunft“. Nach drei Präsentationen gibt es ein Dutzend Kommentare aus dem Publikum und auch eine Frage von Sami Rasouli, dem Gründer der Muslim Paecemaker Teams, der wissen will, warum keine Diskussion zu den Besatzern und ihrer Rolle bei der Teilung der Bevölkerung in konkurrierende Minderheitengruppen, die es vor der Besetzung noch nicht gab, stattgefunden hat.

### **Zivilgesellschaft und Selbstbestimmung**

Terry Rockefeller von den 9/11 Families for Peaceful Tomorrows und Mitgründerin der Iraqi Civil Society Solidarity Initiative (ICSSI) spricht über die Gründung und die Geschichte von ICSSI 2009 in Italien. Mehr als 60 irakische AktivistInnen aus dem ganzen Land trafen sich fünf Tage lang um ihre Arbeit und die damit einhergehenden Herausforderungen zu besprechen. Anschließend verbrachten sie noch drei Tage mit 20 AktivistInnen aus der ganzen Welt, die die Sorge um ihre Bemühungen für die Zukunft des Irak teilten. Am Ende der Italien-Konferenz wurde eine Kampagne gestartet um sich gegen das eingebrachte Gesetz zu NGOs zu wehren und so Nichtregierungsorganisationen einen größeren Einfluss beim Wiederaufbau des Irak zu geben.

Dann hält Felipe Daza Sierra einen Workshop: „Die Privatisierung der Kriegstreiberei, der Gewalt und privates Militär und Sicherheitsfirmen“.

Felipe beschreibt das Forschungsteam, Waffenhandel/ –verkäufe, Sicherheitsverträge für irakische KlientInnen und Fehlschläge in der Nachkonflikt-Übergangsphase, die eine weitreichende Privatisierung der Streitkräfte durch den Staat beinhalten. Die Forschung brachte als Resultat einen Bericht, der von NOVA veröffentlicht wurde. Militärische, technologische und Sicherheitsfirmen formierten sich in einem effektiven Zusammenschluss zu einem neuen globalen Businessphänomen, das vermutlich mehr Vorteile aus der Region zieht als Ölfirmen. Dieses Geschäft ist ein fortwährender Profit, der aus dem Krieg geschlagen wird. Mehr als 120 solcher Firmen, die im Irak arbeiten, werden in diesem Bericht untersucht, die Mehrheit von ihnen kommt aus den USA.

Diese Firmen arbeiten auch in den USA und in England. G4S z.B. wurde unter Vertrag genommen um bei den Olympischen Spielen für Sicherheit zu sorgen, konnte aber die nötigen Anforderungen nicht erfüllen – was die Frage nach der Qualität ihrer Arbeit im Irak aufwirft. Die Firma hat stark erhöhte Gehaltsniveaus im Vergleich zum lokalen Standard, und statt dass die Kapazitäten vom Staat intern aufgebaut werden, findet eine Auslagerung statt.

Der Prozess ist außerhalb der Reichweite von Regulierungen und daher oft von Straflosigkeit, nicht vorhandener juristischer Überprüfung oder Nicht-Reaktion auf die Verletzung von Gesetzen und Rechten geprägt.

Die Kampagne heißt Control PMSC (Private Military Security Companies) und ihr Ziel ist die Schaffung einer internationalen (Geschäfts-) Konvention, die diese Betriebe kontrolliert. Die Firmen repräsentieren eine Bedrohung für die Demokratisierung des Irak. Die Arbeit bei den Vereinten Nationen für nationale Bildung und Engagement im Irak, die von der USA und anderen betrieben wird, zielt darauf ab regulierende Effekte zu erzielen. Die Intention ist es, Transparenz und Verantwortlichkeit zu schaffen und so Jobs und Firmen für IrakerInnen aufzubauen statt Outsourcing zu betreiben.

### **Weitergehen für soziale Veränderung**

Der letzte Vormittag der Iraq Civil Society Solidarity Initiative (ICSSI) Konferenz am Montag, den 22. Oktober, findet in der Altstadt von Basra in einem gerade restaurierten Kulturzentrum statt.

Michael Zweig von U.S. Labor Against the War (USLAW) berichtet vom „Labor Union“ Workshop. Die großen Anliegen betreffen Frauen, Kinder, die Umwelt, Arbeit und andere Fragen. Der Fokus liegt auf



IRAK

der Notwendigkeit eines neuen Arbeitsgesetzes für den Irak um die Arbeiterbewegung zu stärken. Die Versammlung erarbeitet ein gemeinsames Dokument, das auf der USLAW Webseite, aber auch auf irakischen Webseiten zum Thema Arbeit zu finden ist. In dem Dokument wird die Einführung einer Gesetzgebung gefordert, die 90 problematische Punkte im existierenden Gesetz anspricht. Im September 2012 wurde das vorgeschlagene Gesetz dem irakischen Parlament präsentiert.

Nicola Visconti berichtet vom Workshop "Sport für den Frieden". Nicola war der Initiator des Erbil-Marathons, an dem dieses Jahr 5000 LäuferInnen teilnahmen, 150 davon internationale. Der Spaß-Lauf, der unsere Zusammenkunft in Basra eröffnet hatte, wurde in Koordination mit dem Erbil-Event am Freitag zuvor abgehalten. Die Hoffnung ist, den Marathon auf andere Städte auszuweiten und einen nationalen Marathon in Koordination mit dem irakischen Social Forum im November 2013 abzuhalten. Versuche ein nationales Komitee für die Planung zu formieren schreiten voran, Bagdad ist schon mit dabei.



### **Sport für den Frieden - ein Lauf eröffnete die Versammlung in Basra.**

Felipe Daza von NOVA schlägt verschiedene Richtungen für die

Arbeit des La'Onf Iraqi Nonviolence Network vor, wie sie von einem externen Berater empfohlen wurden:

- Gewaltfreiheit muss ein zentraler Teil der sozialen Agenda werden
- Die Teilnahme von Frauen und jungen Menschen erhöhen
- Kommunikation, inklusive einer Webseite und Social Media, muss zur Priorität werden
- La'Onf sollte strenger oder selektiver bei der Aufnahme von neuen Mitgliedern sein
- Es braucht ein Netzwerk von starken Mitgliedern; der Vorstand sollte aus AktivistInnen mit Erfahrung in Peacebuilding und Gewaltfreiheit bestehen
- Klarheit und Transparenz mit den Kleingruppen
- Fokus auf bekannte Institutionen für Fundraising
- 2-3 Aktionen auf professionelle Art angehen
- Um wirklich Wirkung zu erzielen sollten andere Organisationen und liberale Gruppen mit einbezogen werden
- NOVA findet, La'Onf ist ein guter Partner für diese Arbeit

Stephan Brees übermittelt eine Grußbotschaft vom internationalen Vorstand der Nonviolent Peaceforce (NP). Er betont die Sinnhaftigkeit einer Kooperation mit anderen Mitgliedern der NP im Libanon, in Jordanien und an anderen Orten im Nahen Osten.

### **Die sterbenden Sümpfe von Tigris und Euphrat**

Chibayish, Irak: Das ist vielleicht die einfachste Geschichte der Welt, und sie ist furchtbar schief gelaufen.

Sechs Jahrtausende lang, seit der Zeit der Sumerer, sind die Sümpfe von Tigris und Euphrat die Exi-

stenzgrundlage der Stämme des Shat al Arab. Die natürliche Hydrologie des Zusammenflusses von Tigris und Euphrat führte dazu, dass der Tigris – der aus der Türkei kommend durch die ganze irakische Wüste fließt – sechs Meter Steigung überwindet um sich mit dem Euphrat zu verbinden, sodass die beiden Flüsse auf ihrem Weg zum Persischen Golf einer werden und ein 9650 km<sup>2</sup> großes Sumpfland bilden. Das Gebiet ist in etwa so groß wie der Libanon.

Im Sumpf gibt es Schilfrohr, das dazu verwendet wird, Behausungen zu bauen, die „mudhifs“ genannt werden. Diese offenen Bauten beherbergen nachts Wasserbüffel, die während des Tages durch den Sumpf schwimmen oder wandern. Das Schilf liefert auch Mulch für die Wasserbüffel, welche wiederum Milch als Haupterzeugnis bieten. In den Sümpfen gibt es Fische und nährstoffreiche Erde für den Gemüseanbau.

Dieses vollkommen tragfähige Ökosystem bestand ungestört mehrere tausend Jahre lang, bis die Welt der Geopolitik und die auftauchenden Folgen des Klimawandels ihren Einfluss geltend machten. In den frühen 1990er Jahren beschloss Saddam Hussein, dass der beste Weg um die Kontrolle über das weitläufige Areal zu bekommen, in dem sich regimekritische Gruppen verstecken konnten, die Entwässerung der Sümpfe sei. Der Prozess der Zerstörung wurde auch durch einen langen und grausamen Konflikt mit dem Iran entlang der Flussgrenzen unterstützt; die Fortbewegung der Streitkräfte durch die Region wäre in trockengelegten Sümpfen einfacher zu handhaben. Ein hunderte Kilometer langer Damm – dessen Zweck es war den Euphrat am Zusammenfluss zu hindern – wurde errichtet. Dann begannen die Türkei und der Nordirak den Tigris für andere Zwecke entlang seines



IRAK



### Wasserbüffel brauchen den Sumpf und das Wasser zum Überleben

Verlaufes zu nutzen und der Strom verringerte sich auf ein Viertel seines Volumens, sodass er die Steigung nicht mehr bewältigen konnte, die zum Damm des Euphrat führt.

Gleichzeitig mit dem Austrocknen und Verschwinden der Sümpfe verschwand auch die Bevölkerung, die auf sie angewiesen war. In den 1950ern gab es noch 60.000 zu sechs verschiedenen Stämmen gehörige EinwohnerInnen. 1995 waren es nur mehr 6.000. Das unmittelbar bevorstehende endgültige Ende der Sümpfe wurde von der UNESCO und Gruppen in der ganzen Welt publik gemacht und beklagt. Das Ende der Sümpfe wäre auch das Ende eines langen und bedeutenden Erbes. Aber die Macht Husseins und die Politik in der Region sorgten dafür, dass nicht wirklich darauf reagiert werden konnte.

Dann wurde Hussein durch die US-Invasion entmachtet und es schien sich eine Überlebenschance für die Sümpfe zu bieten – beginnend mit einem Loch im Damm. Durch die Rückkehr der Wassers begann auch auf wundersame Weise eine fast sofortige Wiederbelebung der Sümpfe. Die Rückkehr von wandernden Stämmen sorgte dafür, dass die Einwohnerzahl wieder auf 62.000 anstieg. Plötzlich schien es wieder Hoffnung für die Erhaltung der Kultur und des Lebensstils zu geben.

Sobald aber die Bevölkerung zurückkehrte – aus dem Iran, den Emiraten und den Städten im Osten und Norden – begannen eine Dürreplage und Dammkatastrophen ihre Macht zu entfalten. Der Iran leitete das ganze Wasser aus Kharoon zu anderen Zwecken um, was dazu führte, dass der Salzgehalt der Sümpfe zunahm und das Wasservolumen zurückging, sodass das Land nicht länger vom Tigris geflutet werden konnte. Durch die niedrigen Wasserstände und die erhöhte Strömung des Golfes wurde der Salzgehalt des Wassers noch weiter erhöht. Die acht großen Städte entlang des Flusses leiteten ihr Abwasser in den Hauptausflusskanal, was flussabwärts zu noch mehr Verschmutzung führte. Um die Mindestanforderungen der wiederauflebenden, aber noch ums Überleben kämpfenden Sümpfe zu erfüllen, wurde die Hydrologie umgedreht und der Euphrat, ebenfalls verschmutzt und mit schwindendem Wasservolumen, wurde über die ausgetrocknete Fläche in Richtung des Tigris geleitet. Am Ende musste der Fluss des Euphrats in den Golf ganz verbaut werden, sodass die Ströme gemindert werden und die Abfälle das System nicht verlassen können.

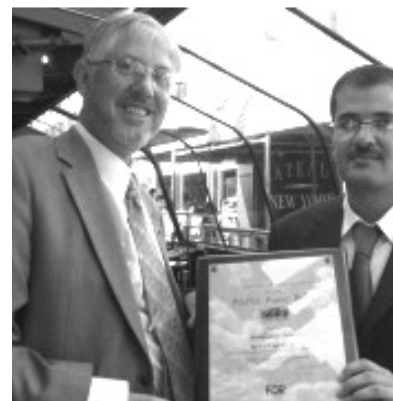
Zur gleichen Zeit wurde die Suche nach Öl ausgebaut und Bohrfelder im Sumpf errichtet. Im Norden und Westen wurden in der Türkei riesi-

ge neue Dämme gebaut und gleichzeitig das Wasser für die Bedürfnisse in Syrien und Israel sowie anderen Orten im Irak umgeleitet.

Die Freude, die Jassim al Asaadi, der Direktor des Southern Basin Work of Nature Iraq an seiner Arbeit hat, ist in seiner Darstellung der Geschichte und der Statistiken seiner Bemühungen, das Gebiet wiederherzustellen und zu erhalten, sichtbar.

Der Besuch wurde von einer jungen Gruppe irakischer und internationaler AktivistInnen organisiert – Joanna Rivera, einer Amerikanerin puertoricanischer Abstammung; Jantine aus den Niederlanden, Ahmed aus Bagdad, der bei Nature Iraq arbeitet. Sie versuchen auf den Besuch von diversen AktivistInnen aufbauend eine Strategie zu entwickeln um eine internationale Kampagne zu starten. Diese Bemühungen sind es wert beachtet zu werden. Parallelen gibt es zu den Dämmen des Yellow River in China, der Geschichte des Nil und des Amazonas und den Erfolgen des Glen Canyon-Damms. Nur die Zeit kann zeigen, ob eine Koalition von jungen UmweltschützerInnen einen Unterschied machen wird – viel Zeit bleibt ihnen nicht mehr.

**Mark Johnson** (links) ist



*Geschäftsführer bei Fellowship of Reconciliation - USA*

DVR 0583031  
Zulassungsnummer:  
GZ 02Z032555M

P.b.b.  
Erscheinungsort: Wien  
Verlagspostamt: 1080 Wien

Ein alter Rabbi fragte einst seine Schüler, wie man die Stunde bestimmt, in der die Nacht endet und der Tag beginnt.

“Ist es, wenn man von weitem einen Hund von einem Schaf unterscheiden kann?“, fragte einer der Schüler.

“Nein“, sagte der Rabbi.

“Ist es, wenn man von weitem einen Dattel- von einem Feigenbaum unterscheiden kann?“, fragte ein anderer.

“Nein“, sagte der Rabbi.

“Aber wann ist es dann?“, fragten die Schüler.

“Es ist dann, wenn du in das Gesicht irgendeines Menschen blickst und deine Schwester oder deinen Bruder erkennst. Bis dahin ist es noch Nacht.“

Erzählung der Chassidim